

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

21.1.1924 (No. 17)

Badischer Beobachter

Anzeigengrundpreis:
 1 Pf. 1 mm hoch, 8 Pfg. im
 Restamteil 25 Pfg. Anzeigen sind
 im Voraus zu bezahlen. Bei
 Wiederholung Tarif-Rabatt, der
 bei zwangsweiser Betreibung und
 bei Konkurs wegfällt.
 Fernsprecher: Redaktion 572.

Bezugspreis (freibleibend)
 1.—15. Januar
 durch Träger 1.40 M. (bei der
 Abholstelle in Karlsruhe 1.30 M.)
 wöchentl. Einzelnummer 12 Pfg.
 Abbestellungen können nur bis
 zum 25. auf den Monatschluß
 erfolgen.

Berlegerin und Herausgeberin: Akt.-Ges. „Badenia“ (Wilhelm Johner, Direktor).
 Rotationsdruck der „Badenia“ Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42.
 Drahtadresse: Beobachter. Postfach-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint werktags einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familienrat“
 und „Frauenrundschau“ — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch
 auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
 Schluß der Anzeigen-Aufnahme: vormittags 1/8 Uhr.

Hauptgeschäftsführer: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil:
 J. Th. Meyer; für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil:
 Dr. H. A. Berger; für die Anzeigen und Reklame: Josef Ellenbaß,
 sämtliche in Karlsruhe.

Vom Tage.

In Essen hielt Reichstagsabgeordneter Erkelenz eine eingehende Rede zur Frage des Achtstundentags.
 In Berlin begann gestern die Ausschussfassung der Zentrumspartei, bei der auch der Reichskanzler Marx eine Rede hielt, in welcher er die von Dr. Wirth geführte Politik als die einzig richtige bezeichnete, an der das Zentrum festhalten müsse.
 In Berlin wurde gestern die Reichsgründungsfeier der deutschen Studenten abgehalten.
 Der Reichsfinanzminister fordert in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister eine Angleichung der Staats- an die Privatarbeiterlöhne und entsprechende Hinwirkung auf die Schlichtungsausschüsse.
 Der englische Arbeiterstreik ist Mißernacht, nachdem alle Vermittlungsversuche von beiden Seiten gescheitert waren, ausgebrochen.
 Der zweite Reparations-Sachverständigen-Ausschuss wird heute seine feierliche Eröffnungssitzung abhalten.
 Sieben amerikanische Kriegsschiffe, die in den Gewässern von Panama stationiert waren, haben Befehl erhalten, nach Veracruz abzufahren.

Die Aktion der Sozialdemokraten.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dieser Tage im Reichstag eine Sitzung abgehalten, deren Verlauf und Ergebnisse in allen politischen Kreisen große Bedeutung zuzuschreiben sind. Inzwischen sind die Erwartungen, sofern man sich irgend welche politische oder parlamentarische Sensationen verspricht, getäuscht worden.
 Insbesondere haben die Sozialdemokraten, entgegen den brüskierten Forderungen ihrer Partei, sich nicht zu einer Forderung der vorzeitigen Einberufung des Reichstages aussprechen können. Es wäre den Sozialdemokraten ein Leichtes gewesen, ihre Forderung durchzusetzen. Sie verfügen über die für ein solches Verlangen notwendige Zahl von Abgeordneten. Man sieht aus dieser Zurückhaltung, daß die Sozialdemokratie sich nichts von der vorzeitigen Berufung des Reichstages für ihre partipolitischen Ziele verspricht und sie doch auch die Verantwortung für einen solchen Schritt scheut.
 Der politische Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betrifft den militärischen Ausnahmezustand. Doch ist auch in dieser Hinsicht die Sozialdemokratie sehr vorsichtig. Sie fordert keineswegs sofortige Aufhebung dieses Zustandes, ja noch nicht einmal die unmittelbare Aufhebung an sich. Das ist außerordentlich beachtenswert. Nach dem Fraktionsbeschluß wird lediglich nur der Vorstand der Fraktion beauftragt, mit der Reichsregierung zu verhandeln, damit der militärische Ausnahmezustand, dessen Aufrechterhaltung sich in keiner Weise rechtfertigen läßt, alsbald aufgehoben wird. Erst von dem Gang dieser ernstesten Verhandlungen mit der Reichsregierung will die Fraktion es abhängig machen, ob dann die Einberufung des Reichstages beantragt werden soll.
 Man sieht also, daß sich die Sozialdemokraten ihre Haltung mit allen möglichen Klauseln verbarrieren. Dieser Beschluß ist aus einer Fülle von Kompromissen zusammengesetzt. Er wird daher innerhalb der Partei im Kanale auch niemand befriedigen.

Was die Sozialdemokraten beschließen haben, liegt abseits vom Wege der großen Politik. Es sind Beschlüsse über Fragen, die sich agitatorisch auswirken lassen. Es werden hinsichtlich der Steuerpolitik die alten schlagwortartigen Botschaften gegen die „Besitzenden“ erhoben, es wird fortgesetzt von dem „Steuerunrecht“ gesprochen und es wird scharf Stellung gegen die Mehrwertsteuer angenommen. Die Sozialdemokraten fordern weiterhin die Aufrechterhaltung des Reichsmietens und des Mieterschutzgesetzes. Sie verlangen insbesondere, daß die Entscheidungen über die mit der 3. Steuernotverordnung enthaltenen Maßnahmen dem Reichstag überlassen bleiben sollen.
 Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind offenbar diktiert von dem Bestreben der Parteileitung, kein Porzellan zu zerbrechen. Die innere Unfreiheit der sozialdemokratischen Partei und die innere Krise, die sie gegenwärtig durchläuft, hindert sie an starker Aktivität. Die Beschlüsse sind auch offensichtlich von dem Bestreben diktiert, sich nicht festzuliegen, sondern die Wege, die man endgültig beschreiten will, sich solange freizubehalten, bis man über die Laktid der Gegenpartei ein Bild gewinnt.

Das Ende der Kahrherrschaft?

München, 21. Jan. Wie verlautet, wird die Staatsregierung demnächst dem Landtag eine Verordnung zur Sicherung der Wahlfreiheit vorlegen, wonach das Generalamtsverbot mindestens für die Wahlzeit seine Hauptbefugnisse an das Gesamtministerium zurückgibt.

Vor dem Ende der Pfälzer Separatistenherrschaft?

Das Ergebnis der Eliveschen Reise.

Die Herrschaft der Separatisten in der Pfalz scheint zu Ende zu gehen und es besteht daher die Aussicht, daß die rechtmäßigen deutschen Behörden wieder in die Pfalz zurückkehren und amtieren können und daß dadurch auch die Störungen, die durch die Ausschaltung der deutschen Behörden in vielen pfälzischen Bezirken in der Verwaltung der Erwerbslosenunterstützung entstanden sind, in Wegfall kommen und dadurch die Notlage in die die Arbeitslosen der betreffenden Bezirke durch die Separatisten gebracht wurden, beseitigt wird.
 Die Reise des englischen Generalkonsuls Clive stellt, wie immer deutlicher hervortritt, einen starken Erfolg für die Pfälzer dar. Der Generalkonsul soll überrascht gewesen sein, aus allen Bevölkerungskreisen und von allen politischen Parteien, einschließlich der Kommunisten, nur eine Forderung zu hören, die auf das sofortige Verschwinden der Separatisten hinausläuft. Auch seine französischen Begleiter aus Koblenz sollen davon überzeugt worden sein, daß es sich bei den Separatisten um einzelne Personen handle, denen es, begünstigt durch die bekannten Umstände möglich war, die Macht an sich zu reißen, daß aber eine separatistische Partei in der ganzen Pfalz nirgends existiere. Dies sprach der englische Generalkonsul rückhaltlos aus und selbst die französischen Vertreter gaben mehrmals zu erkennen, daß sie ein ganz anderes Bild über die politische Stimmung der Pfalz bekommen hätten.

Verschärfte Kritik um Poincare.

Paris, 19. Jan. Der Konflikt zwischen Poincare und Millerand spitzt sich immer mehr zu und wird mehr und mehr in die Presse hineingetragen. Lardieu unternimmt jedoch einen ungemein heftigen Angriff auf den Ministerpräsidenten. Er schreibt: Ich brauche an dieser Stelle den Präsidenten der Republik nicht zu verteidigen, dessen Niederlage Poincare in hinterlistiger Weise ins Werk setzt. Zwischen den beiden Männern gibt es keinen Ausgleich. Für die Haltung Poincares ist die geistige Kammerkammer ein bemerkenswertes Beispiel. Nachdem Poincare seine Finanzpolitik vom Dezember desavouierte, hat er um sein Portefeuille zu retten, auch das am 15. entworfenene Programm verweigert. Lardieu fällt im übrigen ein vernichtendes Urteil über die politischen Taten Poincares. Er schreibt: Poincare hat 4 bis 5000 Anträge auf den Friedhöfen gehalten und die Rechte Frankreichs zum Ausdruck gebracht. Damit geben wir uns zufrieden. Doch würde jeder Stadtrat daselbe gesagt haben. In der Frage der Sicherungen hat er seit 1922 die Kontrolle der deutschen Wüstungen, die der Vertrag uns übergeben hatte, aus der Hand gegeben. Was die Reparationen anbelangt, so sind die Einmaligen, die 1922 als unzureichend bezeichnet worden sind, 1923 auf Null gegangen. Auch hier ist der Verantwortliche Poincare. Im nahen Osten ist die von Frankreich während fünf Jahrhunderten geleistete Arbeit zunichte gemacht. Wer ist der Schuldige? Poincare. Die finanzielle Lage hat sich so verschlechtert, daß das englische Pfund von 50 Franken im Januar 1922 jetzt auf 93 Franken gestiegen ist. Frankreich muß 4 bis 5 Milliarden neue Steuern erheben lassen. Die erarbeiteten Diener des Staates sind zum Hunger verdammt.
 In der Revue überschreibt Gustav Herbe seinen Artikel mit den besagenden Worten: „Das Kabinett Poincare liegt in den letzten Zügen“. Herbe führt dann in seinem Artikel aus, Poincare habe nicht die Eigenschaften eines Führers und das Volk fange seit der Rede von Coreux an zu begreifen, daß der wahre Führer heute nicht mehr der Ministerpräsident ist.
 Das Echo nationale teilt mit, daß Poincare nach einem vor Monatsende abgeschlossenen Kontrakt die politische Leitung des Figaro übernehmen werde.

Vor dem Rücktritt Baldwins.

Die Times berichtet: Die Anordnung für die entscheidende Debatte am Montag ist jetzt festgestellt. Die Debatte wird von Sir John Simon eröffnet. Vermutlich wird dann Lloyd George, im Anschluß vielleicht an Baldwin in das Wort ergreifen. Als letzter Regierungsbereiter wird der Attorney General Gegg sprechen. Macdonald wird die Debatte beschließen. Die Abstimmung wird 11 Uhr abends stattfinden. Nach der Annahme des Abänderungsantrages wird das Unterhaus auf Dienstag verlagert. In dieser Sitzung wird Baldwin den Rücktritt der Regierung verkünden. Darauf erfolgt die Vertagung bis zur Bildung des neuen Ministeriums. Wie verlautet, wünscht Macdonald eine Vertagung auf drei Wochen, um den neuen Ministern Zeit zu geben, sich einzuarbeiten.

Der englische Eisenbahnerstreik beginnt.

London, 21. Jan. Ein letzter Vermittlungsversuch, den ein Vertreter des Generalkongresses der Trade-Union beim Exekutivauschuss des Lokomotiv- und Geizerverbandes unternommen hat, ist ergebnislos verlaufen.
 Um Mitternacht sind über 50 000 Lokomotivführer und Geizer der englischen Eisenbahnen in den Streik getreten, nachdem alle Versuche des Vorstandes der Gewerkschaften und Direktoren der Eisenbahnen, eine erträgliche Kompromißformel aufzustellen, an der offenbaren Streikluft der Lokomotivführer-Gewerkschaft gescheitert waren. Zu gleicher Stunde erließen die Ministerien die notwendigen Anweisungen, um im Streikfall die öffentliche Ordnung und die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln sicherzustellen. Schon am heutigen Montag wird auf den englischen Bahnen ein stark verminderter Personenverkehr und eine teilweise Einstellung des Güterverkehrs erfolgen.

Die Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei.

Berlin, 21. Jan. Gestern vormittag 10 Uhr begann im Reichstag die Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Zunächst ergriß Reichskanzler Marx das Wort zu einer kurzen Begrüßung der zahlreichen aus dem ganzen Reich erschienenen Vertreter und sprach dann in längerer Ausführungen die Stellung der Zentrumspartei zur inneren und äußeren Politik u. a. im Einzelnen, das Zentrum würde seinen eigentlichen Charakter verlieren, wenn es sich von seiner demokratischen und sozialen Tradition entern wollte. In diesem Zusammenhang bezeichnet Marx die vom ehemaligen Reichskanzler Dr. Wirth geführte Politik als die einzig richtige, an der das Zentrum festhalten müsse.
 Das zweite Referat hielt der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Gölle, der zunächst einen Überblick über die Lage im besetzten Gebiet, sowohl Ruhr, wie Rheingebiet und Pfalz, gab, und dann die Stellung der Zentrumspartei zu dieser Politik darlegte. Der Minister ging auf die Fragen politischer sowie wirtschaftlicher Natur ein. Die Frage des Separatismus und diejenige der Schaffung der rheinischen Goldnotenbank usw. zog er ebenfalls in den Kreis seiner Betrachtungen. Er kam zum Schluß zu dem Ergebnis, daß Deutschland versuchen mußte, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen, um einen modus vivendi zu erlangen. Er warnte davor, zu große Hoffnungen auf England zu setzen und die in Aussicht stehende Regierung der englischen Arbeiterpartei zu setzen. Die Ausführungen des Ministers Dr. Gölle fanden lebhaften Zustimmung. Die Politik des Ministers dürfte voraussichtlich noch in einer Entschließung ihrer Zustimmung finden. Im Anschluß an dieses Referat entspann sich eine lebhaft Diskussion.

Zur Frage der Achtstundenarbeit.

Eine Rede des demok. Abgeordneten Erkelenz. In einer Bezirkskonferenz des Kirch- und Arbeitervereins in Essener Bezirk sprach am gestrigen Sonntag Reichstagsabg. Erkelenz (Dem.) über Fragen der Gegenwart. Er sprach u. a. die Ansicht aus, daß mit größter Energie sich der zweite Krieg hätte vermeiden lassen. Auch die Geldentwertung hätte vermieden werden können, wenn man rechtzeitig eingegriffen hätte. Kein technischer Fortschritt sei die Einführung des Achtstundentags falsch gewesen, politisch gesehen aber richtig. Es sei falsch gewesen, sie so plötzlich und allgemein einzuführen, denn sie brachte eine Störung der Produktion mit sich. Mit dem Achtstundentag könne nur dann daselbe geleistet werden wie bei einer Achtstundendarbeit, wenn der Wille hierzu vorhanden sei. Mit der Besetzung des Achtstundentags allein sei die Steigerung der Produktion nicht gewährleistet. Die durch die Geldentwertung geschaffene Lage wirkte sich natürlich auch auf die Produktion ungünstig aus. Die augenblickliche Not und die zu leistenden Reparationen ließen jedoch eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig erscheinen. Der technische Fortschritt der Welt steht im Zusammenhang mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn heute der Achtstundentag ernstlich gefordert sei, dann liegt das nicht daran, daß es Leute gäbe, die benutzt weniger leisteten. Wenn wir uns bemüht für die Erhaltung des Achtstundentags einsetzten, dann diese nur mit einer Arbeiterkraft gesehen, die entschlossen ist, während dieser Arbeitszeit ebenfalls zu leisten wie vorher. Der Achtstundentag ist aber auch nur haltbar, bei einer auf der Höhe stehenden Betriebsorganisation. Ebenso geschlossen wie von Krupp bis zum Betriebsratsmitglied Müller der passive Widerstand ausgekämpft worden ist, ebenso geschlossen hätte die Wiedereingliederung des Betriebs geschehen müssen. Eine andere wichtige Frage sei die Frage der Lohnhöhe. Wenn die Löhne jetzt herabgesetzt werden, vermindere sich die Kaufkraft weiterer Schichten der Bevölkerung, so daß letzten Endes die Möglichkeit einer Produktionssteigerung wegen der Geldknappheit der Massen fortfällt. Aber in der deutschen Unternehmerschaft werde es auch Leute geben, die den Gedanken der vernünftigen Verständigung mit der

Arbeiterkraft vertreten. Es gebe in Deutschland eine Lösung dieser Frage nur auf dem Boden der Demokratie und der Volksgemeinschaft. Zwischen Frankreich, Deutschland und England müsse eine vernünftige Verständigung gesucht werden. Eine kommende Arbeiterregierung in England werde sich nicht mit voller Energie für Deutschland einsetzen. Die erste Aufgabe der neuen englischen Regierung werde sein, sich mit Frankreich zu verständigen. Man werde Frankreich sicherheiten geben gegen die sogenannte „deutsche Gefahr“. Es werde ein besserer Völkerverbund unter Einfluß Deutschlands gebildet werden. Für die Geltung der Verhältnisse müßten wir appellieren an die französische Demokratie. Nach dieser Ansprache erklärte Abg. Erkelenz in seinem Schlußwort, man müsse versuchen, auf dem Wege einer vernünftigen Verständigung mit den Unternehmern in absehbarer Zeit den Achtstundentag wieder zu erlangen. Bemerkenswert ist, daß die Franzosen dem Abg. Erkelenz die Frage vorlegten, ob die französischen Behörden zu der Frage der Verlängerung der Arbeitszeit Stellung nehmen sollten. Erkelenz hat deutlich erklärt, daß eine Einmischung der Franzosen in dieser Frage alles andere als erwünscht sei.

Die päpstliche Hilfsaktion für Deutschland.

Der Papst hat die Nuntien der gesamten Kirchen und durch sie auch die Bischöfe aller Länder zu einer großen Sektion für die Notleidenden in Deutschland aufgerufen. Es sollen Lebensmittel, Kleidungsstücke und Geld gesammelt werden. Mit der Organisation der Ueberführung der Gaben nach Deutschland ist vom Papste der Amerikaner Mr. Wolth beauftragt worden, der seit nunmehr zwei Jahren die päpstliche Hilfsaktion in Russland leitete, aus deren Mitteln täglich 100 000 Menschen gespeist werden. Mr. Wolth glaubt insbesondere auf Grund der Nachrichten, die ihm aus Nord- und Südamerika zugegangen sind, daß diese päpstliche Hilfsaktion einen außerordentlich großen Erfolg haben wird. Mit der Ueberführung der Gaben, die allen Notleidenden in Deutschland ohne Unterschied der Konfession zu Gute kommen soll, ist der deutsche Caritasverband beauftragt.

Die Frage der Hypothekenaufwertung.

Am Freitag ist der Reichsausschuss des Reichstages zusammengetreten, um über den baherischen Antrag auf Erlass eines Sperrgesetzes zwecks Vorbereitung der Hypothekenaufwertung zu beraten. Die Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Frage findet in einer Erklärung des Reichsjustizministers Emminger ihren Niederschlag, in der es heißt: Die Entscheidung des Reichsgerichts vom 29. November 1923 hält die Aufwertung der Hypothekensorderungen unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse von Gläubigern und Schuldner, sowie unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessen des Grundbesitzes nach Lage des Einzelnen für berechtigt. Es erscheint daher notwendig, ein Mehr des durchschnittlich berücksichtigten Verfahrens zu schaffen, sowie eine Unterbrechung der bereits zahlreich angeregt gewordenen Prozesse herbeizuführen. Eine alsbaldige rasche Klärung erscheint auch deshalb notwendig, damit nicht aus der Unklarheit steuerliche Verluste für Reich, Länder und Gemeinden entstehen, dies umso mehr, als die Lage der Reichsfinanzen nach wie vor von einem äußeren Ernste ist. Hierüber kann auch das scheinbar günstige Ergebnis der ersten Steuerbefragung des Jahres 1924 nicht hinwegtäuschen, denn in Wirklichkeit macht der Ueberfluß der ersten Dekade nur etwa den 3. Teil der in der folgenden Dekade fällig werdenden Beibehaltungszahlungen und Ueberweisungen an die Länder aus. Eine Aufwertung der Forderungen nach den Grundbesitz der Reichsgerichtsentscheidung nicht in Frage, da diese öffentlichen Schuldner infolge des verlorenen Krieges und der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zahlungsunfähig sind.

Abreise der französischen Kommission aus Köln.

Die französische Untersuchungskommission, die Mittwoch hier eingetroffen war, hat ihre Untersuchungsstätigkeit im britisch besetzten Gebiet bereits eingestellt. Die französischen Offiziere sind nach Koblenz abgereist.

Das Problem der Aufwertung in Deutsch-Oesterreich.

Ebenso wenig wie in Deutschland sind in Oesterreich die mit der Aufwertung von Kriegsschuldenverbänden in Verbindung stehenden Fragen gelöst. Doch hat man dort aus dieser schwierigen Angelegenheit zwei Gebiete herausgegriffen. Die beiden hierin zustande gekommenen Gesetze führen den Namen: 1. Familiengläubigergesetz. Hat beispielsweise ein Familienmitglied die ganze Familie übernommen und hat er dafür anderen Beträge ausbezahlt, so soll er diese, nach dem seinerzeitigen Wert der Krone festgesetzten Leistungen nun nicht mehr nominal in österreichischen Kronen gegenwärtigen Wertes zahlen können, sondern er muß sich eine Aufwertung gefallen lassen. 2. Renteneintragsgesetz. Durch Zuschüsse aus einem Fonds, dem „Renteneintragsfonds“, soll gewissen Rentnern ein Ausgleich ihrer durch die Geldentwertung bedingten Notlage gewährt werden. Als bedürftige Rentner werden angesehen Männer, die das 55. Lebensjahr erreicht haben, sofern sie auf ein Renteneinkommen angewiesen sind, das ihnen vor dem Zusammenbruch der Krone eine ausreichende Altersversorgung gewährt hat. Das Einkommen muß aber vor dem Zusammenbruch mindestens 800 Kronen jährlich betragen haben.

Baden.

Reich und Einzelstaaten.

Die badische Zentrumsfraktion hat in ihrer Sitzung vom Donnerstag sich u. a. auch eingehend mit der Denkschrift des Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner „Das Reich und die Länder“ (Badenia-Verlag, Karlsruhe), die im Auftrag des Landtags verfaßt wurde, beschäftigt. Die Fraktion wendet dieser Frage alle ihre Aufmerksamkeit zu und begrüßt es lebhaft, daß die auch sonst im Reich und bei allen Fraktionen ernstlich beachtete Arbeit Dr. Baumgartners, eine so ausgezeichnete Grundlage zur Behandlung dieser Frage bietet. Zu gelegener Zeit wird über die Stellungnahme der Fraktion zu den Vorschlägen der Denkschrift Näheres zu sagen sein.

Landbund und Landwirtschaftsförderung.

Die Landbundfraktion will beantragen oder hat vielmehr schon beantragt, daß der Landtag der Landwirtschaftskammer die gesamte Förderung der Landwirtschaft einschließlich des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens unter Ueberlassung der im Staatsvoranschlag hierfür vorgesehenen Mittel übertrage. Der Landbund bittet die anderen Fraktionen um Unterzeichnung und Unterstützung des Antrags.

Ob und inwieweit die anderen Fraktionen dem stattgeben, ist unbekannt. Das Ziel des Antrags ist: Der Staat soll zahlen wie bisher oder wahrscheinlicher noch mehr (vorzuziehende Mittel), aber die Landwirtschaftskammer soll freie Verfügung über die Mittel haben. Zunächst wird doch derjenige, welcher zahlt, — also der Staat — auch ein Recht zur Verfügung über seine Mittel haben oder beanpruchen dürfen. Eine Sparmaßnahme liegt also dem Antrag an sich nicht zu Grunde; kann man doch sagen, daß die Aufsicht und Verfügung des Staats über jene Mittel das Sparen und das richtige Verwenden des Geldes mindestens ebenso ermöglicht, wie wenn die freie Verfügung der Landwirtschaftskammer besteht. Eine Verbesserung bringt in dieser Hinsicht der Antrag nicht.

Manches, was in der Begründung des Antrags steht, trifft zu, vieles wirkt aber — nach Ansicht von Sachverständigen — nicht überzeugend.

Das Programm der Landwirtschaftskammer — diese hat doch wohl den Antrag und die Begründung verfaßt; die Landbundfraktion gibt nur den Namen her und identifiziert sich mit der Landwirtschaftskammer — ist gewiß gut. Aber das Programm kostet viel Geld! Wenn der Staat nicht alles leisten kann — und er kann es nicht — dann muß die Landwirtschaftskammer selbst die Mittel aufbringen, — durch hohe Umlagen auf die Landwirtschaft. Ist das heute möglich? — Diese Frage sollen die Landwirte beantworten!

In der sofortigen und vollständigen Uebergabe der Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer liegt eine gewisse Gefahr, einmal darin, daß dann das Ministerium des Innern, welches bis jetzt durch seine Außenstellen in ständiger Fühlung mit dem Landvolk war — das also der Staat selbst diese Fühlung verliert. Das wäre bedauerlich. Manche Anregungen gingen verloren. Unmittelbare Fühlungnahme mit dem Lande, insbesondere mit dem platten Land und den Klein- und Mittelbetrieben, ist wertvoller als mittelbare Fühlungnahme — nur durch das Mittelglied der Landwirtschaftskammer. Ein Uebergang der staatlichen Funktionen, insbesondere der Landesökonomie und Tierärzte an die Landwirtschaftskammer, wird sich auch nicht ohne Zwang oder Reibung vollziehen.

Wir glauben nicht, daß irgend jemand deswegen den Antrag ablehnen wird, weil die Stellungnahme gewisser führenden Persönlichkeiten zur

Staatsautorität und Staatsordnung Grund zur Beanstandung früher einmal gegeben hat. Wegen Personen darf die Sache der Landwirtschaft nicht leiden. Aber welche Folgerungen werden dann, wenn dem Antrag stattgegeben werden sollte, die anderen Kammern, die Handelskammern, die Handwerkerkammern ziehen? Werden sie nicht ein Gleiches verlangen? Diese Folgerungen dürfen nicht unbeachtet bleiben.

Landbändler auf Verleumderwegen.

In der Gegend von Bonndorf wird — offenbar ausgehend von Informationen, die von weiterher kommen — unter Landbändlern ein angeblicher Ausspruch des Staatspräsidenten und Finanzministers Dr. Köhler verbreitet, mit dem man ihn und zugleich die Partei, aus der er hervorgegangen ist, jenen Landwirten, die sich gern anhängen lassen, als Feind der Bauern hinstellen will. Es wird von ihm behauptet, er habe als Finanzminister den Ausspruch getan: „Die Bauern müssen Steuer bezahlen, und wenn sie das letzte Kühe verkaufen müssen.“ Nun kann sich jeder vernünftige Mensch selber sagen, daß ein solcher Ausspruch aus dem Munde des Finanzministers unmöglich ist, zumal Finanzminister Köhler fortwährend Beweise dafür gibt, wie sozial er in Steuerfragen auch gerade bezüglich der Bauernschaft denkt. Aber in der Gegend von Bonndorf war früher in der liberalen Zeit verschiedenes möglich, was sonst nicht für möglich gehalten wurde und ist auch jetzt in der Ära des Landbundes wieder manches an der Tagesordnung, was man sich in anderen Gegenden doch nicht erlauben würde. Man darf nur an die von uns gekennzeichnete Sache erinnern, die in dem Bonndorfer Landbündelblatt getrieben wird, und die ungefähr auf dasselbe hinauskommt, wie die Verbreitung der obigen Behauptung. Wir haben uns deshalb an den Herrn Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. Köhler gewendet und bei ihm angefragt, ob ihm die dort oben getriebene Sache bekannt sei. Darauf hat er in einem Schreiben an den Chefredakteur des Bad. Beob. folgendes geantwortet, mit der Ermächtigung, jeden gutachtlichen Gebrauch von dem Schreiben zu machen:

Es ist natürlich eine bewusste Unwahrheit und Verleumdung, wenn man in Landbündelblättern mit der Behauptung freizügig geht, der Zentrumsfinanzminister habe erklärt: „Die Bauern müssen Steuer bezahlen und wenn sie das letzte Kühe verkaufen müssen.“ Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn es einmal eine Möglichkeit gäbe, einen solchen Verleumder zu fassen und der verdienten Bestrafung zuzuführen. Vielleicht unterstützen mich die Parteifreunde in Bonndorfer Bezirk in diesem Bestreben. Dann wäre vielleicht auch die Möglichkeit gegeben, auf die eigentlichen Urheber der Verleumdungen zu kommen. Sie wissen, ich bin im allgemeinen nicht empfänglich gegen politische Angriffe und habe es bisher deshalb auch abgesehen, mich öffentlich mit den Angreifern, die insbesondere aus dem Landbund kommen, herumzuschlagen. Ich bin auch von der Mehrheit des badischen Landtags nicht deshalb zum Staatspräsidenten und Finanzminister gewählt worden, um meine Zeit mit Zeitungspolemiken gegen die Führer und geistigen Einseitiger des Landbundes auszufüllen. Die mir gestellte Aufgabe ist eine andere. Ich werde mich deshalb auch weiterhin ruhig mit den Verleumdern dieser Herrschaften abfinden. Das Forum, vor dem ich Rede und Antwort zu geben habe, ist der badische Landtag. Dort bin ich noch nie ausgezogen und dort stelle ich mich auch für die Zukunft zur Verfügung. Um übrigen können alle, die Lust haben, sich noch sehr viel mehr leisten an Verdächtigkeiten, Urteilsstellungen usw., als sie das Maß von Verdacht erreichen haben, das ich für alle diejenigen empfinde die in der heutigen ungeliebten Not des deutschen Volkes und in der herausragenden großen Gefahr für die Landwirtschaft nichts Besseres zu tun wissen, als die einzelnen Volkschichten gegeneinander aufzuhetzen. Das einzige, was uns überhaupt noch Rettung verspricht, ist die Wiederaufrichtung und Pflege des Gemeinheitsgeistes. Wer sich zerstückt und zerstückt, ist in Wirklichkeit der Feind — im Lande und außerhalb des Landes. Das gilt für alle ohne Unterschied, die sich auf diesem Gebiet betätigen. Wir geben diese Äußerungen hier wieder für die

die guten Willen und ein Interesse daran haben, sich nicht von hinterhältigen Reuten des politischen Geschäftes wegen belügen zu lassen. Wir erwarten nicht, daß damit die Sache in und um Bonndorf bei nicht aufhört, denen es offenbar an der Wahrheitsgeminnung fehlt. Aber wir geben damit den Verleumdern der Wahrheit und Gerechtigkeit im politischen Leben etwas in die Hand, mit dem sie der Klige wirksam entgegenzutreten können.

Kirchliche Nachrichten.

Bruchsal. Am Dienstag, 22. Januar, hält Herr Diözesanpräses Dr. Rauch eine Präseskonferenz in Bruchsal ab, und zwar um halb 3 Uhr im Marienheim (Altestraße). Thema: „Berinnerlichung des religiös-sittlichen Lebens der reisenden Jugend.“ Alle Seelsorger sind hierzu eingeladen.

Aus dem Kapitel Stühlingen. Am Mittwoch, 3. Jan., fand in Bonndorf unter dem Vorsitz des bisherigen Deans Dr. Rieder die infolge der Amtsniederlegung von der Kirchenbehörde angeordnete Neuwahl eines Dekans statt. Am ersten Wahlgang wurde Dr. Rieder einstimmig wiedergewählt. Trotz des ehrenden Vertrauens des Kapitels konnte sich der bisherige Dekan selber angegriffenen Gesundheit wegen nicht mehr zur Annahme des Amtes bereit erklären. Darum wurde im zweiten Wahlgang Herr Pfarrer Mart. Winterhalder von Weizen mit Stimmenmehrheit zum Dekan gewählt.

Der Eucharistische Bisterrund in Wien veranstaltet auch in diesem Jahre die sog. Gebetskollektas, eine Gebetswoche, die die Wiedervereinigung der getrennten Christen und die Einberleiung der Nichtchristen in die katholische Kirche zum Ziel hat. Katholiken und Protestanten aller Länder der Welt beteiligen sich an diesem Gebetsfreuzzug. Darum dürfen auch die Katholiken Badens nicht zurückbleiben. Das Opfer für dieses apostolische Werk ist nur das des Gebets, und wenn möglich der Empfang und Aufopferung der hl. Kommunion. Dem lauten Ruf der Protestanten nach Klarheit und Einigkeit dürfen wir unsere Gebetshilfe nicht verjagen. Darum mache jeder mit am großen Gebetsfreuzzug, der vom 13. bis 25. Januar auf der ganzen Welt veranstaltet wird. Wer sich für den Eucharistischen Bisterrund und seine Ziele näher unterrichten will, wende sich an die Zeitungsstelle Wien XVIII, Semperstraße 45.

Chronik.

Baden. Breiten, 20. Jan. Auf der Bahnhofstraße Debronn-Maufbrunn wurde laut Breitenener Tagblatt in verbrochener Absicht an sieben Schmelzen die Schrauben gelöst, um einen Zug zum Entgleisen zu bringen. Glücklicherweise wurde der Anschlag rechtzeitig entdeckt.

Mörsch, 18. Januar. Am 12. Januar fand hier für den aus dem Amte scheidenden Herrn Rektor Speer, den hochverehrten Leiter der hiesigen Volkshochschule, ein Ehrenabend statt, der einen importanten Verlauf nahm. Von nah und fern kamen seine Bekannten und Kollegen, ein Zeichen seiner Beliebtheit. Morgens fand die Abschiedsfeier durch die Schule statt. Die Darbietungen durch die Schulförder waren bewundernswert. Am Abend fand im Saale des „Hirschen“ der eigentliche Ehrenabend statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Kollegium der hiesigen Gemeinde stellte ein Streichorchester zusammen, dessen Leistungen alle Erwartungen überstiegen. Besonders gefielen die fein ausgearbeiteten Chorlieder, die ebenfalls das Kollegium zu Gehör brachte unter der bewährten Leitung des Herrn Hauptlehrers Knop. Ferner brachte Herr Lehrer Oskar Baumann zwei Geigenkonzerte mit Begleitung durch Herrn Knop wirkungsvoll zum Vortrag. Auch die hiesigen Gesangvereine suchten ihr Bestes zum Gelingen des Abends beizutragen. Das Lehrerkollegium erkreute seinen Rektor durch einen prächtigen Geschenkart, in dem wohl nichts fehlte. Herr Herr Bürgermeister überreichte nach einer Ansprache eine Korbmitbelgarntur. Herr Rarnnerweller Rang übermittelte Herrn Speer den Dank der Straße für sein redliches, pflichtgemäßes Arbeiten in der Schule, im Religionsunterricht. Es waren Worte aus innerem Herzen, die er ihm widmete. Zum Schluß ergriß der Wehrte das Wort und dankte tiefgefühlten Herzens für alle Aufmerksamkeiten, die man ihm am Eh-

renabend erwies. Er erwähnte zur Einigkeit, nur so könne Arbeit Segen bringen. — Wäge Herr Rektor Speer noch ein recht langer Lebensabend beschieden sein!

Kappelwindeck, 20. Jan. Nachdem die Beamten des Landesfinanzamts bei der Kontrolle der Brennereien in den Ortschaften des Acher- und Bühlertals wiederholt bei der Bevölkerung auf Widerstand gestoßen sind, hat das Landesfinanzamt das Ministerium des Innern um polizeilichen Schutz bei der Ueberwachung der Brennereien ersucht. Eine solche polizeilich gesicherte Kontrollstrecke fand in einer der letzten Nächte in Kappelwindeck statt. Die Strecke wurde ausgeführt von Beamten des Landesfinanzamts mit Unterstützung von Gendarmen und einem größeren Aufgebot von Polizei. Bei Vornahme der Kontrolle in den einzelnen Häusern wurden große Mengen von Maische, Brennspiritus und Branntwein beschlagnahmt, sowie eine Schwarzbrennereie aufgedeckt. (Aus dieser Meldung geht hervor, daß die Schwarzbrennerei im Acher- und Bühlertal wieder aufzuleben scheint. Wie man sich erinnern wird, war die Schwarzbrennerei vor zwei und drei Jahren darauf in jener Gegend verbreitet, daß sie nur mit den allerstrengsten Maßnahmen unterdrückt werden konnte.)

Ottensheim b. Achern, 20. Jan. Aus Gäß oder Nachsucht wurde von zwei Unbekannten auf den Sohn des kürzlich verstorbenen Bernhard Huber in Simmersbach ein Schuß abgegeben. Glücklicherweise sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich.

Reopoldshöhe, 20. Jan. Durch die Tagespresse geht in einer Mitteilung die Ansicht, die Eisenbahnverwaltung wolle die zur Zeit im Bau befindliche Wohnkolonie bei Reopoldshöhe nicht zur Umfiedelung der Eisenbahner aus Basel verbleiben, sondern die Häuser dem Verkauf aussetzen. Diese Mitteilung ist unzutreffend. Von einer derartigen Absicht ist an zuständiger Stelle nichts bekannt. Die Bauarbeiten sind lediglich vorübergehend eingestellt und werden zu gegebener Zeit vollendet, damit die beschlossene Umfiedelung der deutschen Eisenbahner aus Basel durchgeführt werden kann.

Aus andern deutschen Staaten.

Stuttgart, 20. Jan. Ein Familiendrama hat sich hier abgespielt. Ein 21jähriger Bankbeamter hat seine Mutter, eine 63jährige Witwe, erschossen und sich dann ebenfalls durch Kopfschuß getötet. Der Beweggrund zur Tat scheint in einem unheilbaren Leiden des Sohnes zu suchen sein.

Gemeindepolitik.

Verband badischer Gemeinden.

Der Verbandsvorstand hat vor kurzem folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Verbandstätigkeit soll uneingeschränkt wieder aufgenommen werden, da die Umstellung auf Goldmark die wichtigeren Gemeindefragen in den Vordergrund gerückt und gegebenermaßen Maßnahmen aller Art im Gefolge hat. Auch die Feuerversicherungs-einrichtung des Verbandes ist wieder in vollem Betrieb und gibt den Gemeinden Gelegenheit, ihre Fahrnisse in Goldmark zu versichern. Die Verbandstätigkeit Die Gemeinde erscheint wieder monatlich und zwar erstmals im Januar. 2. Gegen den Entwurf des neuen Verteilungsgesetzes, der vom badischen Finanzministerium ausgearbeitet worden ist, hat der Vorstand ernsthafte Bedenken, da er die Interessen der Gemeinden nicht genügend berücksichtigt. Der Regierung ist mit entsprechendem Antrag Vorlage zu erlassen. 3. Mit der beabsichtigten bedeutenden Verringerung der Zahl der Bezirksämter ist der Vorstand nicht einverstanden, weil damit seine Vereinfachung und seine Verbilligung eintritt, sondern ein erhebliche Belastung der Staatskasse, der Gemeinden und der Bevölkerung. Der Regierung und dem Landtag ist deshalb ein eingehend begründeter Antrag vorzulegen. 4. Mit Entschiedenheit wendet sich der Vorstand auch gegen die geplante Aufhebung der örtlichen Grundbuchämter, die sich bestens bewährt haben. Bei der Regierung sollen Vorstellungen erhoben werden. 5. Der Vorstand befaßt sich abermals mit den Befolgungszusätzen des Reichs für die nicht vollbeschäftigten Beamten u. beauftragt seine Ausschüsse, daß das Reichsfinanzministerium entgegen der Bestimmung im neuen Finanzausgleichsgesetz die Zuschüsse den kleineren Gemeinden nicht bewilligt hat. Mit Befriedigung wird festgestellt, daß das badische Ministerium des Innern die Forderungen des Reichsrats bereits unterstügt und die Entscheidung des Reichsrats bereits angerufen hat. Durch Vermittlung des Deutschen Landgemeindeflags soll abermals dem Verlangen der kleineren Gemeinden Nachdruck verliehen werden.

Badisches Landestheater.

„Tannhäuser“.

Die Verpflichtungs-Gastspiele für das jugendlich-dramatische Fach nahmen mit dieser Aufführung ihren Fortgang. Herr Martin von der Leipzig Oper sang die Elisabeth. Ohne Zweifel mit Geschick, absoluter Bühnensicherheit und gungedullter, wenn auch im eigentlichen Charakter nicht ganz klarer Ausgobe ihrer nicht unbedeutlichen Stimmkräfte. Die Darstellung erhebt sich so gut wie über die Linie einer geradezu gefährlichen Routine, die naturgemäß gewisse Rückschlüsse nahelegt. Der Mangel jeglicher Vereinfachung des Spiels und die sehr geringe geistliche Vereinfachung legen die Mahnung zur Vorsicht bei etwaigen Verpflichtungsbahnen dringend nahe; man müßte, wo solche Absichten beständen, die Sängerin unbedingt noch einmal hören. — Den Landgrafsen sang in der übrigens an Entgleisungen jeder Art reichen und im Gesamtindruck schlechthin deprimierenden Aufführung Herr Wartz, zwar noch nicht schadenfrei, doch im ganzen recht wirkungsvoll. (Seine Maske aber ist sehr verbesserungsbedürftig.)

„Lohengrin“.

Gastspiel über Gastspiel! Alles um die Wahrung des jugendlich-dramatischen Fachs. Viel Geschick hat man allerdings bei der Auswahl der „gastspielwürdig“ befundenen und ernsthaft für uns in Frage kommenden Kräfte nicht entwickelt. Auch diese neue Bewerberin, Frau Siebers vom Stadttheater Basel ist nicht die Sängerin, die das wichtige Fach wird erfolgreich verwalteten können. Die Dame besitzt eine angenehme, nicht sehr hohe und in der Tonbildung nicht eben sichere, jedenfalls aber zu kleine Stimme. Ihre schablonenhafte Darstellung ist vollkommen reißlos und kann auch nicht den mindesten Anspruch auf das Prädikat „dramatisch“ rechtfertigen. — Sollte es tatsächlich nicht möglich sein, die von den bisher aufgetretenen Gästen allein wirklich qualifizierte Frau Metz zu gewinnen? Die auch nur entfernte Möglichkeit dazu müßte unter Ueberwindung aller entgegenstehenden Schwierigkeiten ausgespielt werden.

Als Orchester spielte Maria Keuschig von der Dresdener Staatsoper. Die Partie fällt nicht zu den eigentlich großen hochdramatischen Aufgaben. (Es gehört schon die „Eigenart“ der tiefen Verlebensform dazu, um namhafte Gäste in den entlegensten Hellen ihres Fachs heranzustellen.) Maria Keuschig verfügt über eine Stimme von einer erheblichen über die Maße unseres Hauses hinausgehenden Tragkraft, die jedoch leider im mezza voce recht flach und reizlos wird. Wie auch die

Mittellage und eine an sich gut ausgearbeitete Fäße dafür sprechen, daß die Stimme sich bereits stark im Jenseit ihrer Leistungsfähigkeit befindet. Die Darstellung, reich nuanciert und von eindringlicher Kraft bewies ein hervorragendes Gestaltungsvermögen, das der Dard sowohl Relief verlieh, wie es dieser führenden Gegenpartieinier zukommt.

Den Lohengrin sang für den erkrankten Herrn Walbe ein tüchtiger Tenor der Frankfurter Oper, Herr Jäger. Die in der Tonbildung wenig angenehme, in der Höhe sehr gepreßte klingende Stimme und eine Darstellung von schimmerer Noutiniermannier ließen einen Lohengrin zustande kommen, der eben noch ausreichte, keinesfalls aber erforderlich zu nennen war.

Ein recht gut besetztes Haus nahm die von Herrn Schweppe sicher durch die mannigfachen Fährnisse gesteuerte Aufführung mit starkem Beifall auf.

Morgenerveranstaltung des Theaterkulturverbandes.

Die Morgenerveranstaltung des Theaterkulturverbandes am Samstag diente der Einführung in die auf dem Spielplan des Bad. Landestheaters stehende Operette des „Aischylos“. Um es gleich vorwegzunehmen: der Vortrag von Prof. Dr. Freisinger sang kam dieser Aufgabe aufs beste nach. Der Vortragende, durch das Studium und daraus sich ergebenden Arbeiten mit dem Stoff vertraut und darum über ihn lebend, legte ein gang in klaren Darlegungen die Stufen frei, auf denen das griechische Drama seinen unvergleichlichen Aufstieg nahm. Aus der Mythik, aus der Trunkenheit der Sinne entwickelte die griechische Tragödie, was bei Aischylos, dem Bahnbrecher des Dramas, in genialer Weise und hoher künstlerischer Gestaltung zum Ausdruck kommt. Des Dichters bestes, weil mit dem Geist hellenischen Menschentums durchpulsstes Werk ist „Die Orestie“, eine Trilogie, bestehend aus dem „Agamemnon“, den „Choephoron“ und den „Eumeniden“. In vorbildlichen und nicht ermüdenden Darlegungen gab der Redner den Zuhörern einen Begriff vom Inhalt und den Motiven dieses klassischen Werkes. Zu bedauern ist nur, daß Prof. Dr. Freisinger den Vortrag auf eine zu enge Basis stellte. Daß aber die die Wandelhalle füllenden Zuhörer zufrieden waren, bewies der Beifall.

Eröffnung der Hans Thoma-Ausstellung in Basel.

In Anwesenheit von Vertretern und Mitgliedern des Basler Kunstvereins und der schweizerischen Behörden, des badischen Kultusministers Dr. Hellpach, Geh-

oberregierungsrat Dr. Schwoerer vom Kultusministerium, Oberbürgermeister Dr. Finter von Karlsruhe, Direktor Dr. Stord von der Karlsruher Kunstschule, ferner von Geh. Rat Just und Direktor Koch von Freiburg wurde am Samstag in den Räumen des Basler Kunstgebäudes die große, die ganze Lebensarbeit Hans Thomass umfassende Ausstellung eröffnet.

Der Vorsitzende des Kunstvereins, Dr. Derl, verglich in seiner Begrüßungsansprache das heutige Deutschland mit einem Epitaphie Thomass, auf dem ein Reiter in der Nacht durch die Landschaft reitet, weder rechts noch links, nur geradeaus blickt und mit seinem Ziele zutreibt. So müßte auch das heutige Deutschland durch die geistige und wirtschaftliche Not seinen richtigen Weg finden.

Direktor Dr. Stord, der an dem Zustandekommen der Kunstausstellung sehr wesentlichen Anteil und sie auch ausgerichtet hat, gab lobend geistreich, aber etwas sehr ausführliche Darlegungen der Künstlerpersönlichkeit Hans Thomass, dessen Werke echt deutsches Empfinden widerspiegeln.

Der badische Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Hellpach, sprach dann von den engen Beziehungen, welche die Schweiz mit Baden verbindet, die nicht nur auf der äußerlichen wirtschaftlichen Verbundenheit beruhen, sondern der Gemeinamkeit jenes Volksstammes entspringen, dem beide angehören, nämlich dem alemannischen. Der Minister dankte der Schweiz zugleich für die Betätigung des praktischen Christentums durch die schweizerischen Hilfsvereinstaltungen an Deutschland in der Vergangenheit und Jetztzeit.

Die Ausstellung, die ungefähr 200 Gemälde und Zeichnungen umfaßt, ist neben der letzten Berliner Hans Thoma-Ausstellung die schönste und umfassendste der bis jetzt dargelegenen. Unter großen Mühen sind aus deutschen und schweizerischem Privatbesitz die Werke zumammengetragen worden, die Hans Thoma Schöpfen von seinem 18. Lebensjahr bis in das Jahr 1923 hinein umfaßen.

Baden-Baden.

Die Erwartung, die ich bezüglich des Balletts „Die Puppenfee“ in meinem letzten Referat aussprach, hat sich vollauf bestätigt. Intendant Dr. Waag hat die ganze mise en Scene, die ganze Aktion in die Hände von Laien gegeben, meistens Kinder, die so vorzüglich mimenten und tanzten daß die Aufführung dieses Werkes zu einem förmlichen Ereignis der Theaterfreunde wurde. Die ästhetische Darstellung einer Reihe leidenschaftlicher Regungen und Gefühlen, sowie die Kunst, diese Leiden-

schaften mit ästhetischer Ausbildung und Schönheit auszuführen, ist gar nicht leicht und erfordert einen gebildeten aber auch schneidigen ton- und taktfähigen Lehrer, dem Praxis und angeborenes Talent zur Seite stehen. Das scheint Herr Waag in reichem Maße zu besitzen, denn die Gesten und Attituden, die das der Kleinen wie der Großen waren fest und sicher und trugen eine Anmut zur Schau, die entzückend wirkte. Unter den zahlreichen Mitwirkenden war auch eine junge Dame, ein Fräulein Scheel, die als Spanierin ihren Czarduka (einen aus Bolero und Habanbo gemischten Tanz) mit großer Bravour ausführte. Rasch, feuriges Temperament und Schönheit der Bewegungen des Körpers waren die Vorzüge, die ihr zu einem vollen Siege verhalfen. Auch ein kleines Mädchen (Steinel), das nach den Klängen des Habeski-Marsches tanzte, wurde sehr gefeiert, weil es so genau und zierlich seine Evolutionen bot. Herr Waag, der das Ganze nach seinen Ideen einrichtete hat Geschmadt und Erfindungsgeist, das man ihm lassen. Ich habe die „Puppenfee“ auf der Dresdener, Leipziger und Karlsruher Bühne gesehen; es waren allerdings prunkvolle Ausstattungen, aber so herzlich und naiv so natürlich und lieblich waren die Gesten jener Puppen nicht, wie hier. Der Ort der pantomimischen Handlung, der Spielwarenladen, war allerdings auf den großen Bühnen glänzend, alles möglich bewegte sich und wurde lebendig. Aber hier bei einer den Verhältnissen entsprechenden Einfachheit, kamen die Tänze und Evolutionen desto besser zur Geltung, das Auge wurde nicht zu sehr abgelenkt, das Interesse konzentrierte sich lediglich auf die Tänzer.

Das Ballet, dem der Einakter „Das Verprechen hinter dem Herd“ jeweils vorausgeht, findet bei jeder Aufführung ein beifolgendes zahlreiches Publikum. Im letztgenannten Stück gab Herr Wüchler den Herrn von Strikow (einst Parabelrolle des verstorbenen Herrn Lange in Karlsruhe). Die Einstudierung dieses Balletts ist ganz passend für heute, es kann dem Leibesgeheimnis unserer unbedarfen Zeit sich durch Einfachheit und kindliche Anmut, durch gefälligen Idealismus wurde auf ein paar Stunden sein misere vergessen machen und ihn zur neuen Ausdauer animieren. Auch solche Bühnenbilder werden bei richtiger Ausführung auf Gemüt und Herzen vital lequens!

In hiesigen Beamtentreffen grassiert der Abbau resp. Pensionierungs-Leufel, besonders das Kurortcheiter soll von ihm bedroht sein. Darüber das nächstemal mehr.

von Steinel.

Karlsruhe.

Dieser Sonntag wird den Winterportlern nicht in freudiger Erinnerung bleiben. Er machte Klänge...

Sinfoniekonzert Albenburg-Eberbach. Es sei nochmals auf das heute, Montag, den 21. Januar, abends 8 Uhr...

Rundgebung für den Reis- und Fremdenverkehr in Baden.

Am Freitag, den 18. Januar, nachm. versammelten sich die Mitglieder des badischen Verkehrsverbandes...

Kath. Männerverein K.-Weststadt.

Verammlung: Mittwoch, den 23. Januar 1924, abends 8 Uhr, im Franziskushaus.

Zweck der städtische Ausstellungshalle in allen ihren Teilen zur Verfügung.

Zufüsse. Der Stadtrat bewilligt als Zuschuß der Stadt zu den durch die Abhaltung der Handelshochschulkurse...

Städtische Naturaliensammlung. Die bisher in der Goetheschule untergebrachte städtische Naturaliensammlung...

Spiel und Sport.

- 1. Pforzheimer F. C. - Sport-Club Stuttgart 6:1. Kickers Stuttgart - F. C. Freiburg 1:3. Germania Durlach - Raftal 2:1.

Handel und Volkswirtschaft.

Berlin, 19. Jan. (Börzenbericht.) Die Abwärtsbewegung, die an der gestrigen Berliner Börse eintrat...

Deutsche Jugendkraft (Kreis Baden).

Sonntag, den 20. d. M., sollten in Karlsruhe die Kreismeisterchaftsspiele durchgeführt werden.

Hochschulen.

Professor Hoberg, dessen Tod im Anzeigenteil dieses Blattes gemeldet wird, gehörte zu den Charakterkömmlingen der Freiburger Universität...

Politische Lehr.

Wir müssen doch in der ersten Angelegenheit...

Karlsruher Landesbuch-Zustige.

Todesfälle. 18. Jan.: Auguste Freilich, alt 82 Jahre, Witwe des Landgerichtssekretärs Aug. Freilich...

Ermäßigung der Strompreise. Das Badenwerk hat eine Ermäßigung der Strompreise vorgenommen...

Gefährlicher Dieb. Am Freitag nachmittags stahl ein lediger, 22 Jahre alter Arbeiter aus Pforzheim...

Unter Haug. Durch die Kriminalpolizei konnten drei Brüder: Kurt, Ulrich und Hermann Koch...

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 17. Januar 1924.

Anstellung. Der Badische Handwerktag, die Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk...

Dr. Gottfried Hoberg. Professor der kath. Theologie an der Universität Freiburg. Erb. Geistl. Rat.

Todes-Anzeige. Am Samstag, den 19. Januar, nachts 1/2 12 Uhr starb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege...

Eintrachtsaal. Mittwoch, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr. KONZERT Marie v. Ernst.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe. Hier Kornbrot hat von Montag, den 21. ds. Mts. ab folgendes Gewicht:

Dr. Gottfried Hoberg. Professor der alttestamentlichen Literatur an der hiesigen Universität und Erzbischöflicher Geistlicher Rat.

Milchbelieferung. Die bessere Anruhr von Milch ermöglicht eine Ermäßigung des Milchverkaufspreises.

Hotel Hohenzollern. (Ecke Zähringer- und Kronenstrasse). Morgen Dienstag Schlachtfest mit preiswerten Schlachtplatten.

Schlafzimmer. Eichen furniert, mit 1 und 2 Betten sehr günstig abzugeben.

Dr. Gottfried Hoberg. Professor der alttestamentlichen Literatur an der hiesigen Universität und Erzbischöflicher Geistlicher Rat.

Möbl. Zimmer. Möglichst in zentraler Lage, von solchem jungen Mann zum 1. Februar gesucht.

Hotel Hohenzollern. (Ecke Zähringer- und Kronenstrasse). Morgen Dienstag Schlachtfest mit preiswerten Schlachtplatten.

Unentbehrlich für Industrielle und sonstige Arbeitgeber. Abrecht, Steuerbuch und Lohnnachweis Nr. 98.

Redakteur gesucht. Von mittlerem Zentrumblatt Baden zu badischem Eintritt.

Möbl. Zimmer. Möglichst in zentraler Lage, von solchem jungen Mann zum 1. Februar gesucht.

Hotel Hohenzollern. (Ecke Zähringer- und Kronenstrasse). Morgen Dienstag Schlachtfest mit preiswerten Schlachtplatten.

Unentbehrlich für Industrielle und sonstige Arbeitgeber. Abrecht, Steuerbuch u. Gehaltsnachweis Nr. 99.